

Bürgermeister für Mühlthal: Christoph Zwickler



21. Januar 2018: Ein Ruck
muss durch Mühlthal gehen!



FUCHS

Die echte Alternative.

Liebe Mühltalerinnen und Mühltaler,

ein Ruck muss durch unsere Gemeinde gehen.

Viele Menschen verstehen die Entscheidungen nicht mehr, die aus unserem Rathaus kommen. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht mitgenommen und das ist auch nachvollziehbar. Unsere politische Energie wird heute mehr und mehr in Neubaugebiete gesteckt, von denen vor allem private Investoren profitieren.

Während Ober-Ramstadt die Chancen nutzte, die sich aus dem Bau der Umgehungsstraße ergaben, und sein Ortsbild systematisch auf Vordermann brachte, ist im Ortskern von Nieder-Ramstadt seit zehn Jahren nichts passiert. Auch der Datterichplatz in Traisa bietet ein trauriges Bild, die Gemeinde bleibt untätig. Sie verpflichtet stattdessen die Bürger im Ortskern mit Satzungen. Beispielsweise dürfen Hoftore keine "Edelstahloptik" mehr enthalten. Nieder-Beerbach und Frankenhausen bleiben ohne Fuß- und Radweg abgehängt und Waschenbach leidet nach wie vor unter dem Steinbruch. Dennoch zahlen wir mit die höchsten Grundsteuern im ganzen Landkreis.

Unser Blick muss aber jetzt nach vorn gehen. Nach meinem Verständnis beginnt die Arbeit eines Bürgermeisters dort, wo die Menschen sind. Menschen, die sich Gedanken um unser Gemeinwesen machen, sind keine Störenfriede im politischen Alltag, sondern oft interessante Ratgeber. Auch ein Bürgermeister kann nicht alles wissen.

Mit dieser kleinen Broschüre will ich mich bei Ihnen nochmals vorstellen und dafür werben, mich am 21. Januar 2018 zum neuen Bürgermeister meiner Heimatgemeinde Mühlthal zu wählen. Weil ich Ihnen keine allgemeinen und unverbindlichen Floskeln präsentieren möchte, will ich meine Positionen und mein Handeln vor allem am Beispiel der geplanten Bebauung des Nieder-Ramstädter Dornberges ganz praktisch erläutern. Diese Pläne beherrschen gegenwärtig die politische Diskussion. Die vielen Menschen aus den anderen Ortsteilen mögen mir dies verzeihen, aber auch sie werden dadurch Einblicke gewinnen, die weit über das konkrete Thema hinausgehen.

Sprechen Sie mich gern an!

Es grüßt Sie ganz herzlich, Ihr Christoph Zwickler

Inhalt

- 3 Ausbildung
- 4 Beruf
- 4 Chancen
- 5 Dornberg
- 6 Entlastungsstraße
- 7 FUCHS
- 8 GIVV
- 9 Heimatgemeinde
- 10 Insel
- 11 Jeder gibt, wie er kann
- 12 Kirche
- 13 List
- 14 Motivation
- 15 NRD
- 16 ÖPNV
- 17 Politik
- 18 Querverbindungen
- 19 Rolle
- 20 Schwächen
- 21 Tellplatzsatzung
- 22 Unabhängigkeit
- 23 Vertrauen
- 24 Wahlkampf Wähler
- 25 X für ein U
- 26 Yards, 2.078
- 27 Zwickler, auf einen Blick

Ausbildung

Nach meinem Grundschulbesuch in Traisa ging ich in Darmstadt auf das humanistische Ludwig-Georgs-Gymnasium (LGG). Dort war ich Schulsprecher. Anschließend habe ich an der Technischen Hochschule (TH) Darmstadt Architektur und Städtebau mit Verkehrsplanung studiert, Abschluss Dipl.-Ing.. An der Technischen Universität (TU) München schloss ich das Aufbaustudium Umweltschutztechnik mit Regionalplanung ab.

Ohne Abschlüsse habe ich an der TU München und der TU Braunschweig Arbeits- und Wirtschaftswissenschaften, an der Jesuitenhochschule St. Georgen in Frankfurt am Main Theologie und Philosophie sowie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München Politikwissenschaften studiert.

Beruf

Bereits mit 19 Jahren habe ich einen Winterdienst gegründet, den ich im Laufe der Jahre kontinuierlich ausgebaut habe. Dabei gilt es, im Winter auf den Punkt genau die Organisation so zu führen, dass die Kundschaft zufrieden ist. Durch meine eigene ständig erforderliche Arbeitsbereitschaft habe ich übrigens ein großes Verständnis dafür, was unsere ehrenamtlichen Feuerwehrleute für uns in Mühlthal leisten.

Wetterbedingt ist es mir möglich, vor allem außerhalb des Winters anderen Tätigkeiten nachzugehen. Diese Freiheit habe ich in der Vergangenheit insbesondere für Studien und Reisen genutzt. Unter anderem habe ich in den Sommermonaten diverse Verwaltungspraktika gemacht. In Sachsen, Tel Aviv und Zürich arbeitete ich bei Rechtsanwälten. Für die Firma Wayss & Freytag war ich mit meinem Studienabschluss als Dipl.-Ing. als Bauleiter tätig. Schließlich habe ich zahlreiche Fachgutachten für diverse Auftraggeber begleitet. Für Bürgerinitiativen etwa erfolgte dies aber regelmäßig unentgeltlich.

Heute widme ich einen großen Teil meiner Lebenskraft der Kommunalpolitik. In unserem Abwasserverband Modau bin ich ehrenamtliches Vorstandsmitglied.

Chancen

Gestaltende Politik besteht oft darin, Chancen zu erkennen und zu nutzen. Dabei müssen echte Chancen und die damit verbundenen Risiken genau abgewogen werden. Ist beispielsweise ein Investor bereit, etwas zu bewegen, bedarf es einer genauen Gegenüberstellung aller Interessen und Ziele. Welche Vorteile ergeben sich für die Gemeinde und mit welchen Nachteilen müssen wir rechnen? Das Kind darf nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden.

In diesen Abwägungsprozess müssen nach meiner Auffassung unbedingt die Bürger einbezogen werden. Darunter befinden sich regelmäßig Spezialisten, die in vielen Dingen über erheblich mehr Sachverstand verfügen als ein Politiker, der als guter Generalist in der Lage sein sollte, gesammeltes Wissen zusammenzutragen.

Dornberg

Am 12. September 2017 hat die Gemeindevertretung mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen, Mühlthalern und FDP einen sogenannten Aufstellungsbeschluss für ein „Wohngebiet Dornberg“ gefasst. Die Vertreterin der Linken hat sich enthalten, FUCHS stimmte dagegen.

Das geplante Baugebiet erfasst einen großen Teil des Kerngeländes der Nieder-Ramstädter Diakonie (NRD) einschließlich der Gärtnerei. Es ist „ca.“ 77.000 Quadratmeter groß und für bis zu 800 Personen vorgesehen. Diese Angaben variieren, doch ließ die NRD noch im Mai 2017 durch ihren Planer erklären, dass 750 Menschen zusätzlich hier leben würden.

Damit würde eine Siedlung entstehen, die größer ist als die Ortsteile Frankenhausen oder Waschenbach. Die Gebäude hätten bis zu sechs Geschosse. Dennoch wurde jeder Fraktion in der letztlich entscheidenden Sitzung der Gemeindevertretung zur Begründung aller Anträge und zur Diskussion der ganzen Siedlung nur eine Redezeit von fünf Minuten eingeräumt. Einige Fraktionen haben sich dabei überhaupt nicht zu Wort gemeldet, sondern das Großprojekt kommentarlos durchgewunken.

Dies ist um so unverständlicher, als überhaupt nicht klar ist, worin hier das Plus für die Gemeinde liegt. Aus dem Baugebiet ergäbe sich aber eine enorme Wertsteigerung des Geländes der NRD. Das Areal hat heute mangels üblichen Baurechtes nur einen ganz geringen Wert, als Wohnbauland hätte es dagegen einen Wert von insgesamt etwa zwanzig Millionen Euro. Zwar soll eine zusätzliche Kinderbetreuung errichtet werden, diese würde aber insbesondere den Bewohnern des Areals selbst zukommen.

Nach meiner Auffassung sollte jeder Planungsgewinn, der durch eine solche Ausweisung eines Gebietes als Bauland entsteht, gerecht geteilt werden. Der Eigentümer gibt das Grundstück, die Gemeinde das Baurecht, womit es erst ermöglicht wird, die hohen Baulandpreise zu erzielen. Andere Gemeinden etwa kaufen vorab Grundstücke, um sie dann selbst zu beplanen und somit am entstehenden Gewinn teilzuhaben. Ich würde mich als Bürgermeister dafür einsetzen, dass auch bei uns in Mühlthal alle Möglichkeiten genutzt werden, damit auch die Gemeinde fair profitiert.

Entlastungsstraße

Die Gemeinde Mühlthal hat bereits 2011 ein Verkehrsgutachten bei den renommierten Verkehrsplanern Habermehl und Follmann in Auftrag gegeben. Sie wollte ganz objektiv wissen, wie es um den Verkehr bei uns bestellt ist und wie sich der Verkehr ändern würde, wenn neue Bebauung hinzukäme.

Das Ingenieurbüro hat für eine Bebauung des Dornberges ermittelt, dass täglich bereits 1.450 Autos mehr fahren würden, wenn das Neubaugebiet nur 4,9 Hektar groß sein sollte. Es hat deshalb schon 2011 den Bau einer Entlastungsstraße von der Flachsgröße auf den Dornberg empfohlen, wenn dort gebaut werden sollte. Tatsächlich sind jetzt sogar 7,7 Hektar Bauland geplant. Daraus ergibt sich eine Mehrbelastung von gut 2.000 Fahrzeugen täglich.

Nun hat die NRD ein eigenes Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben, das sie auch bezahlt hat. Es sollte offenkundig die Absicht untermauern, gegen die Empfehlungen der Gemeindeplaner keine Entlastungsstraße zu bauen. Das Gutachten der NRD kommt zu anderen Ergebnissen und Empfehlungen, was mich auch nicht wundert. „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“, heißt es im Volksmund. Die Diskussion in der Gemeindevertretung hat sich leider allein auf das Gutachten der NRD bezogen, das keine Notwendigkeit für den Bau der Entlastungsstraße sah.

Insbesondere die Bürgerinitiative zur Entlastung der Bergstraße hatte uns auf diesen Sachverhalt aufmerksam gemacht. Nach unserem Verständnis sind wir Dienstleister der Bürger, die selbstverständlich einen Anspruch darauf haben, dass wir Anliegen wie diese sorgfältig prüfen und in der Gemeindevertretung vorbringen. Aus dieser Prüfung ergab sich überdies, dass für die gesamte Baustelle gut 100.000 Tonnen Material zu bewegen sind, was etwa 10.000 LKW-Fahrten entspricht. Auch dieser gesamte Verkehr sollte nach Vorstellung der NRD und der Mehrheit der Mühlthaler Politik durch unsere Wohnstraßen fließen.

Dies hielten wir als Fraktion FUCHS für falsch, weshalb wir am 12. September 2017 in der Gemeindevertretung beantragt haben, dass bereits vor Baubeginn eine endgültige Entlastungsstraße auf Kosten der NRD gebaut wird. Dies sollte die Bedingung für das Baugebiet sein. Unser Antrag wurde von CDU, SPD, Grünen, Mühlthalern und FDP abgelehnt. Sie sprachen sich damit für das Baugebiet ohne vorherige Errichtung einer Entlastungsstraße aus.

FUCHS

2015 wurde die Wählergemeinschaft FUCHS gegründet, deren Vorsitzender ich seither bin. Bei den Kommunalwahlen am 6. März 2016 errangen wir als Neulinge bei sieben konkurrierenden Listen auf Anhieb 14,3 Prozent der Wählerstimmen. In der Gemeindevertretung sind wir mit fünf Mitgliedern vertreten. Der Grund unseres Erfolges liegt sicherlich in drei maßgeblichen Faktoren.

FUCHS hat vor der Wahl ganz klar gesagt, um was es geht. Unser Programm, das erste FUCHS-ABC, hat sich nicht hinter wohlklingenden Floskeln versteckt. Wir haben recht umfangreich auch Punkte benannt, die weniger populär waren, aber wir waren von Anfang an ehrlich. Das haben die Wähler honoriert.

An die Zusagen aus dem Wahlprogramm haben wir uns gehalten. Wenn es politische Fragen gab, auf die das FUCHS-ABC keine unmittelbare Antwort hatte, haben wir versucht, die Entscheidungsfindung so nah wie möglich an dem zu orientieren, was wir den Wählern zuvor versprochen hatten.

Die Mitglieder der Fraktion haben alle einen eigenen Kopf. Das führt zwar nicht selten zu intensiven Diskussionen innerhalb der Fraktion. Davon profitieren wir aber alle. Wir sind keine generellen Ja- oder Neinsager, sondern befassen uns wirklich mit den Dingen, über die wir in der Gemeindevertretung auch abstimmen.



GIVV

Die Gemeinsame Initiative zur Vermeidung von Verkehr (GIVV) hat sich als Reaktion auf den Aufstellungsbeschluss zur Dornbergbebauung gegründet. Ihr gehören insbesondere Menschen aus Nieder-Ramstadt und Trautheim an, die vom zusätzlichen Verkehr betroffen wären. Aber auch viele andere Mühltaler unterstützen die GIVV. Einerseits möchte sich die Initiative bei ihrer Arbeit auf Dauer nicht auf die Dornbergbebauung beschränken, andererseits gab und gibt es bei dieser Planung grundsätzliche Defizite, die viele Menschen in Mühlthal nicht gutheißen.

Die GIVV hat ein Bürgerbegehren auf den Weg gebracht, das im Ergebnis bezweckt, die aktuelle Planung aufzuheben, um später eine grundsätzlich bessere Planung auf den Weg zu bringen. Rechtlich zulässig ist dies allein mit dem gegenwärtigen Verfahren. Werden die erforderlichen 1.094 Unterschriften gesammelt, kommt es zu einem Bürgerentscheid. Erst in diesem Schritt wird wirklich darüber abgestimmt, ob die Planung innerhalb von drei Jahren ernsthaft überarbeitet wird oder ob es bei den Beschwichtigungen der Mehrheit in der Gemeindevertretung bleibt.

Das Bürgerbegehren ist auch ein echter Prüfstein für die Politik. Zu Wahlkampfzeiten wird ja gern behauptet, dass die Bürger mehr Mitspracherechte bekommen sollten. Nun besteht ganz konkret die Möglichkeit, durch Unterschriften dazu beizutragen, dass die Bürger diese Mitsprachemöglichkeiten auch tatsächlich erhalten. Die Bürgerinitiative ist gespannt darauf, welche Politiker, die sich sonst für mehr Bürgerbeteiligung einsetzen, hier selbst unterschreiben oder dazu aufrufen.

Die Fraktion FUCHS, deren Vorsitzender ich bin, hat das Bürgerbegehren übrigens von Anfang an befürwortet. Einem Teil der Auflage dieser Broschüre liegt überdies eine Unterschriftenkarte bei, die Sie unterschrieben in die dort genannten Briefkästen einwerfen können.

Für Ihre Unterschrift bis zum 31. Oktober danke ich vorab!

Heimatgemeinde

Mühltal, zuvor die ehemals selbstständige Gemeinde Nieder-Ramstadt, ist meine Heimatgemeinde. In Traisa bin ich wie auch meine drei Geschwister in die Grundschule gegangen. Meine Mutter war viele Jahre für die CDU Mitglied der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstandes. Unser Schwimmbad ist für mich ein ganz besonderer Ort, der in der Zeit von Mai bis September Urlaube entbehrlich macht.

Allerdings finde ich es auch wichtig, einmal mit anderen Augen auf Mühltal zu schauen. Erst dann ergibt sich oft erst ein Gespür dafür, was in Mühltal besonders schön ist, aber auch dafür, welche Probleme woanders vielleicht besser gelöst werden als bei uns. Diesen Eindruck erlangte ich insbesondere durch meine Studienzeiten in München und Braunschweig, aber auch auf zahlreichen ausgedehnten Fernreisen in alle Kontinente. Hier war ich in der Fremde und musste mich zurechtfinden. Zurück in Mühltal entdeckte ich meine Heimatgemeinde an vielen Stellen ganz neu.

Mühltal hat wundervolle Menschen, eine wirklich schöne Landschaft und als Teil des Großraumes Rhein-Main hat es die Nähe zu Darmstadt. Auch Frankfurt und die weiteren Städte der Region sind nicht weit weg. Jedoch glaube ich, dass wir das Potential, das Mühltal noch hat, bei weitem nicht ausgeschöpft haben. Wenn ich beispielsweise mit dem Fahrrad in Holland unterwegs bin, dann habe ich mitunter den Eindruck, dass hier aus weniger Möglichkeiten - das Land ist flach und oft eher langweilig - häufig mehr gemacht wird. Viele Städte und Dörfer sind einfach einladender als Mühltal. Kreativere Stadtgestaltung ohne Bevormundung und ein sensiblerer Umgang mit der Natur sind für mich die Schlüssel, um hier etwas voranzubringen.



Insel

Inseln gelten als abgeschieden. Die üblichen Verkehrswege sind weit weg. Dafür lebt es sich auf einer Insel sehr ruhig. Daher werden Inseln oft als Traumlage bezeichnet. Wer aber die Insel verlässt oder auf sie gelangt, der verursacht durchaus Verkehr, der die Ruhe von anderen stört. Die leben dann nicht mehr in einer Traumlage. Die Traumlage der einen wird also damit erkaufte, dass den anderen die Traumlage genommen wird.

Unter städtebaulichen Aspekten stellt die geplante Dornbergbebauung eine Insel dar. Sie soll nach den Vorstellungen der NRD ganz am Ende der übrigen Bebauung wie in einer Sackgasse entstehen. Es soll also nach Möglichkeit kein fremder Verkehr durch das Baugebiet fließen. Das Baugebiet sorgt vielmehr selbst dafür, dass die bestehenden Wohngebiete fremden Verkehr erhalten, nämlich den, den das neue Baugebiet verursacht. Das ist für mich ein höchst egoistischer Ansatz, den die örtliche Politik längst hätte durchkreuzen müssen.

Die Häuser in der Bergstraße stehen bereits. Das heißt, dass wir uns damit abfinden müssen. Die Bergstraße kann sich auf den zusätzlichen Verkehr, der von dem Baugebiet ausgehen würde, nachträglich nicht mehr einstellen. Das neue Baugebiet aber könnte durchaus so geplant werden, dass es Verkehr aufnehmen kann, ohne die Bewohner dadurch besonders zu beeinträchtigen. Genau das würde ich erwarten und als Bürgermeister auch vorschlagen.

Wer die Vorteile eines Baugebietes nutzt, der sollte auch Nachteile in Kauf nehmen. Von jedem Baugebiet geht Verkehr aus, der oft andere Wohngebiete belastet. Es ist nicht zu viel, wenn erwartet wird, dass sich auch neue Baugebiete solidarisch an der Aufnahme von Verkehr beteiligen. Durch geschickte Planung können die Nachteile, die der Verkehr mitbringt, von Anfang an in Grenzen gehalten werden.

Jeder gibt, wie er kann

Meine Großmutter hatte das Lebensmotto "Jeder gibt, wie er kann". Sie meinte damit, dass sich jeder nach seinen Fähigkeiten für die Gemeinschaft einsetzen sollte. Wer handwerklich begabt war, der half in der Großfamilie beim Hausbau, wer gut backen konnte, der versorgte die Baustelle mit Kuchen. Und wer keine Zeit, aber Geld hatte, der zeigte sich zu Geburtstagen oder zu Weihnachten richtig großzügig.

In unserer Gemeinde gibt es zwar nur noch ganz wenige Großfamilien, aber dennoch eine Kultur des Sich-Einbringens. Feuerwehrleute stellen ihre Bereitschaft, Vereinsmitglieder ihre Arbeit und so manche besser Betuchten großzügige Spenden für das Gemeinwesen zur Verfügung. All das ist gut so und trägt dazu bei, dass auch ich mich in Mühlthal sehr wohl fühle. Als Bürgermeister würde ich diese Kultur gern weiter stützen. Darin sähe ich meine Aufgabe in diesem System.

Eltern von Kindergartenkindern möchte ich nicht als Gegner wahrnehmen, sondern als Verbündete, die durch ihr Engagement gezeigt haben, dass sie sich einbringen wollen. Statt die Energie für Konfrontationen aufzubringen, wären manche Eltern vielleicht bereit, zum Beispiel Patenschaften für Spielplätze zu übernehmen und sich in die Gestaltung einzubringen.

Waldschützer sollten nicht immer wieder genötigt werden, auf Defizite hinzuweisen. Auch sie bringen sich ehrenamtlich ein. Die Beseitigung der von ihnen benannten Missstände wäre genau genommen eine Kleinigkeit. Im Gegenzug könnten die Waldschützer ihre Energie etwa für geführte Waldwanderungen verwenden. Damit wäre nicht nur ihnen geholfen, sondern uns allen.

Kirche

Der Begriff der Kirche ist nach meiner Auffassung unter mehreren Aspekten zu sehen, die wir differenzieren sollten.

Die Kirche kann als reine Glaubensgemeinschaft interpretiert werden. Soweit sie das ist, hat sich der Staat und auch die Politik nicht einzumischen. Glauben ist Privatsache, solange im Namen des Glaubens keine Verbrechen geschehen.

Die Kirche ist aber auch oft Träger sozialer Einrichtungen. Betreibt sie Kindergärten, Altersheime oder Büchereien, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, dann sollte die Politik das so unterstützen, wie sie jedem anderen Träger solcher Einrichtungen auch hilft.

Wird die Kirche oder eine kirchliche Organisation wie ein Unternehmen tätig, um Geld zu verdienen, dann muss sie sich auch an vergleichbaren Unternehmen messen lassen. Sie darf von der Politik dabei nicht besser, aber auch nicht schlechter behandelt werden als andere Unternehmen.

Schließlich ist die Kirche Ausdruck und eine Wurzel unserer Kultur, die sich nach meinem Verständnis übrigens durch eine große Offenheit gegenüber anderen Kulturen auszeichnet. Diese Funktion als Wurzel gilt selbst dann, wenn wir Atheisten sind. Wir sollten selbstbewusst genug sein, um dies nicht zu verleugnen. Als studierter Städtebauer möchte ich ein kleines Beispiel geben: Kirche muss nicht hinter Mauern stattfinden. Dazu reicht es bereits oft, einen großzügigen Vorplatz zu haben. Das ist bei der katholischen Kirche in Nieder-Ramstadt gelungen, die Kirche öffnet sich so nach außen. Dagegen versteckt sich die evangelische Kirche in Nieder-Ramstadt geradezu hinter vielen Büschen, obwohl ihr Eingang mit der Achse der Kirchstraße übereinstimmt. Eine großzügigere Vorplatzgestaltung mit der Aufnahme dieser Achse hielte ich für eine sinnvolle Maßnahme, um diese Kirche etwas mehr als Teil des Ortskernes zu positionieren.

List

Geht es um die Durchsetzung von Interessen, wird mit mancherlei List gearbeitet. Politiker werden von gut gekleideten Vorstandsvorsitzenden, die schon zahlreiche Rhetorikseminare besucht haben, per Handschlag persönlich begrüßt. Die Führung eines Gespräches möchten gern diejenigen übernehmen, die etwas wollen. Dann ist es zumeist einfacher, dies auch zu bekommen. Das sind Verhandlungstaktiken, die zulässig sind. Allerdings sollte ich als Politiker jene Standfestigkeit mitbringen, die meine Wählerschaft von mir erwartet. Selbstverständlich muss ich ebenso höflich sein. Aber ich muss auch die Stärke haben, höflich abzulehnen.

Bei Verhandlungen darf es nach meiner Auffassung immer nur um den Inhalt beispielsweise eines Grundstücksgeschäftes gehen. In welcher Kleidung ein Verhandlungspartner auftritt und welche rhetorischen Fähigkeiten er besitzt, darf keine Rolle spielen. Die Ehrfurcht vor dem anderen darf nicht über der Sache stehen, um die es eigentlich geht.

Umgekehrt gibt es so manche Bürger, die sich in Wort und Schrift vielleicht nicht besonders gewählt ausdrücken können. Auch in Gesprächen mit diesen Menschen darf es immer nur um die Sache selbst gehen, Äußerlichkeiten dürfen keine Rolle spielen. Jeder muss den Anspruch haben, gleichermaßen wichtig genommen zu werden.

Selbstverständlich gibt es Geschäfte zwischen einer Gemeinde und Privatpersonen oder Organisationen, von denen beide Seiten profitieren. Daher lehne ich solche Geschäfte nicht grundsätzlich ab. Allerdings muss ich mir immer wieder klar machen, wessen Interessen ich dabei vertrete, es sind die der Gemeinde Mühlthal.

Motivation

Es gibt genau genommen zwei Gründe, weshalb ich mich dazu entschlossen habe, für die Wählergemeinschaft FUCHS als Kandidat für das Amt des Bürgermeisters anzutreten.

Einer dieser Gründe liegt nicht bei mir selbst, sondern bei meinen Mitmenschen, die mich in großer Zahl zu einer Kandidatur aufgefordert haben. Darüber habe ich mich sehr gefreut und diese Bitten haben mir natürlich auch eine gewisse Ruhe und Kraft gegeben, um mich mit einem gesunden Selbstbewusstsein der Aufgabe zu stellen. Andererseits sind damit natürlich auch viele Erwartungshaltungen verbunden. Insbesondere sollten die öffentlichen Interessen stärker in den Vordergrund rücken. Das ist mir aber ohnehin eine Verpflichtung, keine Last.

Ein anderer Grund liegt sicherlich in meinem bisherigen Lebensweg. Es war mir immer wichtig, viel von der Welt zu erfahren, sei es durch Studium, Reisen, verschiedene Arbeitstätigkeiten oder einfach durch Gespräche mit vielen ganz unterschiedlichen Menschen. Nun möchte ich etwas davon zurückgeben, indem ich mein Wissen und meine Erfahrungen im Interesse meiner Heimatgemeinde einbringe. Trotz mancher Anfeindungen macht mir die Kommunalpolitik und der Umgang mit den Menschen Spaß. Und weil die ehrenamtliche politische Arbeit bei mir heute schon zur Halbtags­tätigkeit geworden ist, ist es nur konsequent, auch den nächsten Schritt zu gehen, indem ich mich als Kandidat für das Amt des Bürgermeisters zur Verfügung stelle.

NRD

Die Nieder-Ramstädter Diakonie (NRD) ist eine Einrichtung, die zwar zur evangelischen Kirche gehört, aber nicht mit der Kirche vor Ort verwechselt werden darf. Ursprünglich widmete sie sich allein der Behindertenbetreuung, die laut Satzungszweck auch heute noch die Aufgabe der NRD ist.

Inzwischen hat die Organisation aber weitere Geschäftsfelder erschlossen. In Mühlthal tritt sie seit einiger Zeit insbesondere als Projektentwicklerin auf, die durch die Gemeinde Grundstücke in Bauland umwidmen lässt, um sie anschließend zu verkaufen. Das Gewerbegebiet Ruckelshausen ist ein Beispiel. Hier wurde Ackerland in Bauland für Gewerbe umgewandelt, das nun zu entsprechenden Preisen veräußert wird. Für das Areal der ehemaligen Anstaltsmühle ist es ähnlich geplant. Dabei hat die Gemeindevertretung einen Bebauungsplan beschlossen, der eine Wohnbebauung zulässt. Nach meiner Auffassung ist es zwar richtig, dort Wohnbebauung zu ermöglichen. Allerdings hat sich dieser Bebauungsplan offenkundig zu sehr an den Wünschen der NRD orientiert und zu wenig an der umliegenden Bebauung.

Nun möchte die NRD auch das ehemalige Kerngelände Dornberg, das heute lediglich eine recht wertlose "Sonderbaufläche" ist, in ein wertvolles Wohngebiet umwandeln, um insbesondere Flächen daraus als Bauland zu verkaufen. Für die Ausweisung von Wohngebieten ist jedoch nicht die Eigentümerin, sondern die Gemeindevertretung zuständig.

Daher wurden auch wir als Fraktion FUCHS zu Einzelgesprächen auf das Diakoniegelände geladen. Bei Häppchen und Getränken sollten uns die Pläne der NRD präsentiert werden. Ziel war es offenbar, uns eine Zustimmung abzurufen. Dieses Verfahren hielten wir für falsch, schon weil wir uns nicht einladen lassen wollten. Wir schlugen daher vor, die Präsentation an einen neutralen Ort zu verlagern, wobei wir die NRD-Vertreter gern eingeladen hätten. Überdies wollten wir, dass die Öffentlichkeit an der Vorstellung teilhaben kann. Das wollte die NRD nicht, weshalb es zu keiner Präsentation uns gegenüber außerhalb der dafür ohnehin vorgesehenen Gemeindegremien kam.

ÖPNV

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) spielt für Mühlthal eine wichtige Rolle bei der Lösung unserer Verkehrsprobleme. Mühlthal leidet insbesondere unter dem allmorgendlichen Stau auf der B 449 in Richtung Darmstadt. Nach meiner Überzeugung würden viel mehr Menschen Busse oder Bahnen nutzen, wenn es weitere vernünftige Angebote gäbe. Gibt es diese Angebote nicht, wird oft auf das Auto ausgewichen, was zu weiteren Staus führt.

Wenn Schulkinder in Traisa schlicht nicht mehr in den Bus nach Darmstadt hineinpassen, werden sie mitunter von den Eltern im Auto nach Darmstadt gefahren. Damit wird weiterer Stau produziert. Auch die latent überfüllten Züge der VIAS tragen dazu bei, dass Menschen wider Willen statt mit der Bahn mit dem eigenen Auto fahren. Solange es solche Missstände gibt, bleibt es beim Stau. Kommen weitere Wohngebiete hinzu, wird auch der Stau zunehmen. Als Mitglied des Kreistages hatte ich am 22. Mai 2017 einen Antrag vertreten, der zum Ziel hatte, auf der Odenwaldbahn auch Doppelstockzüge einzusetzen. Ein Probetrieb hatte ergeben, dass dies zur Kapazitätssteigerung problemlos möglich ist. Leider stimmten SPD, CDU, FDP und Grüne im Kreistag nicht zu.

Vor der Ausweisung immer weiterer Wohngebiete sind nach meiner Auffassung erst die Grundlagen zu schaffen, um zum Beispiel den daraus resultierenden Verkehr aufzufangen. Eine dieser Grundlagen ist die Bereitstellung ausreichender ÖPNV-Verbindungen. Die Politik darf nicht immer neue Baugebiete ausweisen, ohne zuvor ihre Hausaufgaben zu machen. Schafft sie es nicht, vernünftige Bus- und Bahnverbindungen durchzusetzen, sollte sie sich auch mit neuen Baugebieten zurückhalten.

Politik

Seit meiner Kindheit bin ich an der Politik interessiert. Als Jugendlicher trat ich in die Junge Union ein, am humanistischen Ludwig-Georgs-Gymnasium in Darmstadt war ich Schulsprecher. Dennoch habe ich keine politische Karriere angestrebt. Freies Denken und Erfahren, was die Welt bewegt und bietet, waren mir wichtiger als die typische Parteidisziplin, die ich als einengend und oft nicht als ziel führend ansehe. An der Ludwig-Maximilians-Universität in München habe ich einige Semester Politikwissenschaften studiert. Dabei habe ich viel über die theoretische Seite der Politik gelernt.

Mit meinen Kandidaturen 2013 in Mühlthal für das Amt des Bürgermeisters und 2015 für das Amt des Landrates im Kreis Darmstadt-Dieburg habe ich viele praktische Erfahrungen in der Politik gesammelt. 2016 erzielte unsere neue Wählergemeinschaft FUCHS auf Anhieb in Mühlthal 14,3 Prozent der Stimmen. Hier bin ich Fraktionsvorsitzender. Seit 2016 bin ich auch Mitglied des Kreistages Darmstadt-Dieburg und hier stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Ohne dort selbst Mitglied zu sein kandidierte ich auf der Liste der Freien Wähler.

Oft werde ich gefragt, wie ich mich politisch einordne. Das ist in der Tat eine Frage, die für mich nicht einfach zu beantworten ist. Es gibt keine Schublade, in die ich auf Anhieb hinein passe. Von mitunter wertkonservativem Denken über Bürgerrechte und Umweltschutz bis zur katholischen Soziallehre kann ich mich für viele Themen begeistern. Bürokratie, die über ein notwendiges Mindestmaß hinausgeht, lehne ich ebenso ab wie einengende Ideologien. Allerdings sollten die Gründe, die zu Ideologien geführt haben, immer ernst genommen werden. Die Antworten gehören aber nach meiner Auffassung nicht in die Zwangsjacke einer Ideologie. Der kürzlich verstorbene Heiner Geißler verkörperte diese Ansätze vielleicht am besten.

Den Politikwissenschaftler und Philosophen Dolf Sternberger kannte ich gut, er gilt mir als Vorbild. Er war akademischer Lehrer unter anderem von Helmut Kohl. Bernhard Vogel hat bei ihm promoviert. Heute arbeite ich in der Dolf Sternberger-Gesellschaft mit. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Bernhard Vogel wurde ich zum Kassenprüfer gewählt.

Querverbindungen

Von einem Bürgermeister darf erwartet werden, dass er sich objektiv für die Belange seiner Gemeinde einsetzt. Er muss die Interessen der Gemeinschaft vertreten, nicht die Interessen bestimmter Personen oder Institutionen. Querverbindungen zu bestimmten Personen oder Institutionen hindern einen Bürgermeister mitunter daran, sich vor allem für das Gemeinwohl einzusetzen. Wenn aus dem persönlichen Umfeld Forderungen an einen Amtsträger herangetragen werden, auch einmal etwas zu tun, was nicht im öffentlichen Interesse liegt, so ist es oft schwer, sich dennoch dagegen und für das Gemeinwohl auszusprechen.

Zwar bin ich in Mühlthal aufgewachsen und lebe hier. Natürlich bestehen da auch viele persönliche Bindungen. Dennoch fühle ich mich unabhängig genug, um im Interesse des Gemeinwohls auch Entscheidungen zu vertreten, die nicht im persönlichen Interesse bestimmter Menschen oder Gruppen liegen. Mitgliedschaften in konkurrierenden Vereinen etwa halte ich nicht für sinnvoll, weil ich niemanden bevorzugen oder benachteiligen möchte.

Auch bin ich mit keiner Person, die in der örtlichen Politik tätig ist oder die besondere Interessen etwa an die Gemeindevertretung heranträgt, verwandt oder verschwägert. Ich bin schließlich keiner etablierten Partei zur Dankbarkeit verpflichtet, weil sie mich nominiert hat. All das sehe ich als beste Voraussetzungen an, um mich wirklich unabhängig für das Gemeinwohl einzusetzen.

Rolle

Die Kommunalwahl im März 2016 brachte es mit sich, dass die zuvor bereits bestehende Zusammenarbeit von CDU und Grünen in der Gemeindevertretung keine Mehrheit mehr hatte. Wir waren mit der Fraktion FUCHS dort erstmals vertreten. Unsere Hoffnungen richteten sich damals auf die SPD, um die neuen Mehrheitsverhältnisse auch in eine neue Politik umzusetzen. Die SPD verweigerte sich jedoch leider, sondern suchte ihrerseits die Zusammenarbeit mit CDU und Grünen.

Symbol dieser Politik war die ungewöhnliche Reduzierung der Zahl der Stellvertreter des Vorsitzenden der Gemeindevertretung. Üblich ist es, dass jede Fraktion einen Stellvertreter stellt. CDU, SPD und Grüne setzten mit ihrer Mehrheit jedoch durch, dass die gesamte Opposition aus vier Fraktionen nur noch einen Stellvertreter benennen konnte. Das halte ich persönlich zwar nicht für schlimm, aber es zeigt exemplarisch, wie CDU, SPD und Grüne vereint Machtpolitik auch gegen die üblichen Spielregeln der Volksvertretung betreiben. Im Bundestag wird es übrigens jetzt auch der AfD gestattet, einen stellvertretenden Parlamentspräsidenten zu benennen.

Dadurch geriet ich, ohne dies eigentlich gewollt zu haben, als Vorsitzender der nun stärksten Oppositionsfraktion in die Rolle des Oppositionsführers. Diese mir vom Wähler zuge dachte Rolle habe ich ausgefüllt. In einer Demokratie kontrolliert die Opposition die Regierung. Sie muss auf Defizite hinweisen, wobei sie Alternativen anbieten sollte. Dabei liegt es in der Natur der Sache, dass ein Oppositionsführer auch polarisiert und dass sich die Kontrollierten nicht gern auf die Finger sehen lassen, weshalb sie ihrerseits Kritik üben. Und je mehr Gründe es für die Opposition gab, auf Defizite hinzuweisen, um so größer wurde auch die Kritik an mir.

Als Bürgermeister hätte ich dagegen eine ganz andere Rolle. Meine Aufgabe wäre es, eine Verwaltung zu leiten und der Politik ausgewogene Vorschläge zu unterbreiten, die dem Wohl der Gemeinde dienen. Auch sollte ich alles dafür tun, damit sich die Menschen so weit es geht in mir wiederfinden können. Denn ich würde die gesamte Gemeinde repräsentieren und nicht nur die Opposition in der Gemeindevertretung. Dessen bin ich mir bewusst und diese neue Rolle sehe ich als Herausforderung, der ich mich ebenfalls gern stelle.

Schwächen

Eigene Stärken sollte man nicht besonders betonen. Das wäre nämlich eine Schwäche. Eigene Schwächen mitzuteilen ist zwar anständig, kann aber dazu führen, für schwach gehalten zu werden. Eine Schwäche will ich dennoch benennen. Gesichter und Namen kann ich mir weniger gut merken als Zahlen und Paragraphen. Viele Menschen in Mühlthal grüßen mich sehr freundlich, allerdings gelingt es mir mitunter nicht, diese sofort zuzuordnen. Das ist mir dann immer sehr unangenehm.

Schwächen ganz anderer Art habe ich für ältere Autos, die aber noch für den Alltagsbetrieb tauglich sind. Auch der SV 98 zählt zu meinen Schwächen. Seit Jahrzehnten bin ich Inhaber einer Dauerkarte für die Gegengerade, Kartennummer 766. Radtouren zu Auswärtsspielen nach Wörsdorf, Flieden und Klein-Karben zeigen mir aber trotz der gegenwärtig nicht ganz erfüllten Erwartungen, wie gut wir eigentlich dastehen.



Tellplatzsatzung

Jede Gemeinde hat das Recht und vielfach auch die Pflicht, die eigenen Angelegenheiten zu regeln. Die Gemeindevertretung kann etwa Stellplatzsatzungen für Autos erlassen. Sie kann auch Bebauungspläne beschließen. Auch Bebauungspläne gelten rechtlich als Satzung. In der Satzung eines Bebauungsplanes kann daher geregelt werden, dass zur Frage der Stellplätze eine andere Regelung getroffen wird als es die allgemeine Stellplatzsatzung vorsieht.

Weil wir als Fraktion FUCHS auf dem Standpunkt stehen, dass alle Menschen und auch alle Baugebiete gleich behandelt werden sollten, haben wir in der Sitzung der Gemeindevertretung am 12. September 2017 beantragt, dass die Stellplatzsatzung der Gemeinde Mühlthal auch für das Baugebiet auf dem Dornberg gelten soll. Der Antrag lautete wörtlich:

„Sollte für das Kerngelände der Nieder-Ramstädter Diakonie (NRD) durch die Gemeindevertretung die Zulässigkeit einer Wohnbebauung beschlossen werden, so ist dafür das Mühlthaler Ortsrecht vollständig anzuwenden. Dies betrifft insbesondere die Stellplatzsatzung ...“

Unser Antrag wurde in der Gemeindevertretung von CDU, SPD, Grünen, Mühlthalern und FDP abgelehnt. Die Vertreterin der Linken stimmte zu. Die Mehrheit wollte nicht, dass die Stellplatzsatzung für das Baugebiet gilt.

Zwar hat die NRD inzwischen erklärt, dass sie sich an die allgemeine Stellplatzsatzung halten wolle. Das ist jedoch nur eine völlig unverbindliche Absichtserklärung. Rechtliche Verbindlichkeit kann nur die Gemeindevertretung schaffen. Diese hatte es aber gerade abgelehnt, die allgemeine Stellplatzsatzung auch für das NRD-Gelände anzuwenden.

Unabhängigkeit

Eine der wichtigsten Eigenschaften, die ein Politiker braucht, ist Unabhängigkeit. Er ist nicht Diener mehrerer, sondern nur eines Herren. Auftraggeber ist nur die Wählerschaft. Daher sehe ich es kritisch, wenn Politiker parallel zum Amt, in das sie gewählt wurden, noch andere Interessen vertreten als die der Wählerschaft. Eine saubere Trennung ist oft nicht möglich.

Auch eine Parteimitgliedschaft ist für vom Volk gewählte Politiker oft nicht einfach. Die Politiker müssen dann nämlich neben den Interessen der Wählerschaft auch die der Partei befriedigen, der sie das politische Amt verdanken. Diese Interessen sind häufig verschieden.

Gern gebe ich einen kurzen Überblick über meine Mitgliedschaften, um Transparenz herzustellen:

- Transparency International
- Bürgerrechtsgruppe Die Datenschützer Rhein-Main
- Deutsches Jugendherbergswerk e.V.
- Dolf Sternberger-Gesellschaft e.V.
- Förderverein Traisa, Schwimmbadclub
- Waldschutz-Bürgerinitiative Darmstadt-Dieburg
- Bürgerinitiative „Traisal hat genug Verkehr“
- Gemeinsame Initiative zur Vermeidung von Verkehr (GIVV)
- Arbeiterwohlfahrt Mühlthal



Vertrauen

Die Menschen wollen den Personen vertrauen, die sie wählen. Vertrauen ist eine ganz wichtige Eigenschaft eines jeden Politikers. Erstes Vertrauen entsteht oft schon durch Worte, für echtes Vertrauen sind Taten notwendig, die den Worten folgen. Floskeln wie "Bürgernähe" müssen durch Taten bewiesen werden.

Manche Menschen vertrauen einer politischen Partei, ohne die Kandidaten zu kennen, den diese Partei benennt. Wenn eine Kandidatin oder einer Kandidat von auswärts kommt, kann die Partei oft selbst nicht genau wissen, wie sich die Bewerberin oder der Bewerber in der politischen Praxis verhält, ob die eigenen Erwartungen erfüllt werden und welchem Zweck eine Kandidatur in der Fremde genau genommen dient.

Echtes Vertrauen entsteht auch dann nicht, wenn sich eine Kandidatin oder ein Kandidat so verhält, dass nicht erkennbar ist, für was sie oder er genau steht. Wer immer nur den Konsens predigt, um nicht anzuecken und es jedem recht zu machen, der hat hervorragende Qualitäten, um beispielsweise eine Reiseleitung zu übernehmen. Von Politikern, dem die Menschen vertrauen wollen, wird jedoch erwartet, dass sie Standpunkte vertreten, die sie und die Partei, die sie aufgestellt haben, auch glaubwürdig unter Beweis gestellt haben.

In den vergangenen Wochen habe ich zahlreiche Aufforderungen erhalten, für das Amt des Bürgermeisters zu kandidieren. Viele Menschen haben mir gesagt, dass sie zwar nicht alle Positionen von FUCHS teilen. Aber sie wüssten bei mir genau, woran sie seien. Zwar sei ich offen für die Belange der Menschen, würde mich aber nicht Interessen unterordnen, die der Gemeinde nicht dienten. Sie hätten das Vertrauen, das von einem glaubwürdigen Politiker ausgehe. Darüber habe ich mich natürlich sehr gefreut.

Wähler

Wähler gelten oft als Bürger erster Klasse. Wenn die Bürger nämlich zugleich auch Wähler sind, so muss sich die Politik um sie bemühen, weil sie von den Wählern etwas will, deren Stimme. Dem Wähler werden Versprechungen gemacht. „Bürgernähe“ und „Bürgerbeteiligung“ sind typische Schlagworte, um dem Wähler klarzumachen, dass er ernst genommen wird und mitreden darf.

Sind die Wahlen dann vorbei, so mutieren die zuvor umworbenen Wähler oft auch wieder zu Bürgern zweiter Klasse. Plötzlich ändert sich das Verhalten der Politik. Sie stellt sich dann häufig auf den Standpunkt, dass der Wähler seine Stimme ja bereits abgegeben habe, sie also weg sei, nämlich bei den gewählten Politikern. Daher habe der Wähler nach den Wahlen dann doch nichts mehr zu sagen.

Stehen dagegen wieder Wahlen an, so verwandeln sich auch Politiker regelmäßig erneut in Bittsteller, die um die Stimme des Wählers werben. Der Wähler wird wieder wichtig, weil er die Wahl hat.

So ist es auch in Mühlthal. Bei der Abstimmung über die Entlastungsstraße für die Dornbergbebauung standen für Mühlthal keine Wahlen an. Die Bürger der Bergstraße, die um Gehör baten, erhielten es nicht. Eine Entlastungsstraße wurde abgelehnt. Nun stehen plötzlich wieder Wahlen an. Das Amt des Bürgermeisters ist neu zu besetzen. Und es gibt mehrere Kandidaten. Also ist der Bürger wieder wichtig, weil er Wähler ist, und es gibt neue Versprechen.

Der Bürger, er ist jetzt abermals Wähler, wird plötzlich wieder ernst genommen.

...

...

Mein Anspruch ist es, diesen entmutigenden Kreislauf zu durchbrechen. Positive Beispiele gibt es. An ihnen will ich mich orientieren. Ich hoffe, dass es mir auch als Bürgermeister gelingt.

X für ein U

Über die Politik heißt es oft, dass sie nicht immer ganz ehrlich sei. Den Menschen werde häufig ein X für ein U vorgemacht. Über den aktuell beschlossenen Aufstellungsbeschluss Dornberg, gegen den das Bürgerbegehren läuft, wird mitunter behauptet, dass er ein wesentlicher Beitrag zum Bau von preisgünstigen Wohnungen sei.

Nach genauer Betrachtung ergibt sich jedoch, dass auch hier den Menschen ein X für ein U vorgemacht wird. Das sogenannte „Eckpunktepapier“ zum Aufstellungsbeschluss lässt nämlich Tür und Tor offen für diverse Interpretationen, die den Ansatz unterlaufen, preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. So soll nur ein Drittel von „ca. 30 Prozent der Wohneinheiten“ wirklich geförderter Wohnungsbau sein. Zwei Drittel von diesen „ca. 30 Prozent“ sollen lediglich „preisgünstig“ sein. Was all dies heißt, also die konkrete Ausgestaltung, bleibt der Entwicklungsträgerin NRD vorbehalten. Ist eine neue Mietwohnung mit einem Quadratmeterpreis von zehn Euro zum Beispiel noch „preisgünstig“? Die NRD wird dies bejahen, bedürftige Mieter nicht.

Der Bundesgesetzgeber kennt all die Tricks, mit denen findige Geschäftsleute hier arbeiten. Er bietet den Kommunen daher über das Baugesetzbuch in § 9 Absatz 1 Nummer 7 eine Regelung an, um die Hintertüren zur Umgehung des politisch Gewollten zu schließen. Der Bundesgesetzgeber benennt dabei nicht die Zahl der Wohnungen, sondern die Bruttogeschossfläche, also die Wohnflächen, die insgesamt errichtet werden. Aus der Regelung des Bundesgesetzgebers ergibt sich auch, was „förderungsfähig“, also preisgünstig ist. Mit der Fraktion FUCHS wollte ich einen wirklich rechtssicheren Anspruch auf echte preiswerte Wohnungen für das Gebiet erreichen. Günstiger Wohnraum sollte kein Lippenbekenntnis bleiben.

Daher haben wir für das Baugebiet Dornberg beantragt, dass dreißig Prozent der Bruttogeschossfläche als förderungsfähiger Wohnraum im Sinne des § 9 Absatz 1 Nummer 7 des Baugesetzbuches zu errichten sind. Diese Regelung, die viele Kommunen Tag für Tag beschließen und die uns einen echten und umfassenden Rechtsanspruch auf preiswerten Wohnraum gegeben hätte, wurde in der Sitzung der Gemeindevertretung am 12. September 2017 von CDU, SPD, Grünen, Mühlhaltern und FDP abgelehnt. Lediglich die Vertreterin der Linken stimmte mit FUCHS für unseren Antrag.

Yards, 2.078

Etwa 2.078 Yards, ungefähr 1,9 Kilometer, beträgt die Entfernung vom Ortsausgang Waschenbach bis zum Ortseingang nach Frankenhausen. Dieser Weg ist mit dem Auto gut zu nehmen, für Radfahrer und Fußgänger ist die Straße aber nicht geeignet. Dieses Problem ist in Mühlthal seit Jahrzehnten bekannt. Frankenhausen gilt dadurch für nichtmotorisierte Verkehrsteilnehmer als abgeschnitten. Ähnlich ist es in Nieder-Beerbach, das aber immerhin von Nieder-Ramstadt aus über den Sonnenhof mit dem Fahrrad einigermaßen akzeptabel erreicht werden kann.

Als Bürgermeister wäre es mir ein echtes Anliegen, hier meine Hausaufgaben zu machen und mich für einen Radwegebau einzusetzen. Die politische Energie wird nach meiner Auffassung gegenwärtig zu sehr in neue Projekte investiert, die weitere Probleme mitbringen, während die alten Probleme bestehen bleiben.

Als Mitglied des Kreistages hatte ich jetzt die Gelegenheit, zum Vorhaben eines Radverkehrskonzeptes für den Landkreis Darmstadt-Dieburg Stellung zu beziehen. Darin habe ich deutlich auf die Notwendigkeit von Radwegen nach Frankenhausen und Nieder-Beerbach hingewiesen und unzutreffende Annahmen richtig gestellt, die der vorangehenden Studie zugrunde lagen.



Zwickler, auf einen Blick

- Grundschule Traisa
- LGG Darmstadt, dort Schulsprecher, Abitur
- TH Darmstadt, Studium Architektur und Städtebau mit Verkehrsplanung, Dipl.-Ing.
- TU München, abgeschlossenes Aufbaustudium Umweltschutztechnik mit Regionalplanung
- Jeweils mehrere Semester Studium Arbeits- und Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaft, Theologie und Philosophie (Jesuitenhochschule St. Georgen)
- mit 19 Jahren und seither Unternehmer (Winterdienste)
- daneben Arbeitstätigkeiten bei Rechtsanwälten in Sachsen, Tel Aviv und Zürich sowie als Bauleiter
- diverse Verwaltungspraktika
- 2013 Bürgermeisterkandidat in Mühlthal,
- 2015 Landratskandidat im Kreis Darmstadt-Dieburg
- 2015 Gründung der Mühlthaler Wählergemeinschaft FUCHS
- 2016 Einzug in die Gemeindevertretung mit 14,3 Prozent für FUCHS, Fraktionsvorsitzender
- 2016 Einzug in den Kreistag Darmstadt-Dieburg über die Liste der Freien Wähler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender
- 2016 ehrenamtlicher Vorstand im Abwasserverband Modau



Ausgewählte Stimmen zur Kandidatur:

“Ich unterstütze Christoph Zwickler,
weil die Zeit reif ist für einen starken
und unabhängigen Bürgermeister.”

- Eric Robert Bender, ehemals Erster Beigeordneter
und Stellvertreter des Bürgermeisters, 2007 SPD-
Bürgermeisterkandidat

“Weil er für uns Bürger da ist, wenn
er gebraucht wird.”

- Simone Brammer, Vertrauensperson des Bürgerbe-
gehrens zur Dornbergbebauung

“Ich schätze seinen Sachverstand und
seine Kreativität, die Belange von
Mühltal in den Griff zu kriegen.”

- Paul Tilmann, ehemals für Bündnis 90/Die Grünen
Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses und
lange Ortsvorsteher von Waschenbach

Verantwortlich und Kontakt:
Christoph Zwickler
Alte Darmstädter Straße 49
64367 Mühlthal

Telefon: 06151-145000 oder 0170-1220723
E-Mail: christoph.zwickler@yahoo.de
Webseite: www.christoph-zwickler.de
www.fuchs-muehlthal.de